



Digitale Verwaltung: bürgernah, effizient, serviceorientiert

→ INTERVIEW MIT PATRICK BURGHARDT, STAATSEKRETÄR FÜR DIGITALE STRATEGIE UND ENTWICKLUNG

Herr Burghardt, mit der Strategie »Digitale Verwaltung Hessen« (DVH) hat die Landesregierung eine umfangreiche Agenda für die Verwaltungsdigitalisierung vorgelegt. Was sind die wichtigsten Ziele?

Mit der DVH stellen wir die Kundinnen und Kunden der Verwaltung in den Mittelpunkt und formulieren klare Nutzenversprechen, an denen wir unsere Arbeit ausrichten. Das Ziel sind bürgernahe, effiziente und serviceorientierte Verwaltungsvorgänge. Wir wollen eine Antragsstellung rund um die Uhr ermöglichen, die so einfach ist wie eine Onlinebestellung. Das gewährleisten wir mit unserem Verwaltungsportal und standardisierten Nutzerkonten für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, die über unsere Hessen-App mobil nutzbar sind.

Die Verwaltungsprozesse sollen durchgängig, auch behördenübergreifend, digital und schneller ablaufen – auch im Interesse der Beschäftigten in der Verwaltung.

Und wir wollen durch den Einsatz moderner Technologien unsere gesetzlichen Aufgaben innovativer gestalten. Projekte wie die Digitale Modellbehörde oder die Technische Digitalisierungsplattform haben eine wichtige, praktische Grundlage geschaffen.

Die Covid-19-Pandemie hat einen Digitalisierungsschub in unterschiedlichen Lebensbereichen mit sich gebracht. Was sind für Sie als CIO wichtige »Lessons Learned«?

Tatsächlich musste auch die Verwaltung rasch umschalten und angestoßene Digitalisierungsprozesse beschleunigen. Wir haben deshalb in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zu »Corona Lessons Learned« frühzeitig Maßnahmen identifiziert, um digitales Arbeiten weiter einfach und flächendeckend zu ermöglichen. Hierbei hat der bereits vorhandene HessenPC mit seinen standardisierten Werkzeugen für mobiles Arbeiten zu Beginn der Pandemie ein schnelles

Ausrollen weiterer digitaler Lösungen ermöglicht.

Für die digitale Zusammenarbeit werden wir diesen IT-Standard noch stärker auf das flexible, ortsunabhängige Arbeiten abstimmen. So ersetzen wir das bisherige Videokonferenztool durch eine leistungsfähige, zukunftsfeste Open Source-Lösung. Bei allen Maßnahmen ist es uns wichtig, die Beschäftigten »mitzunehmen«, für sie einen Mehrwert, eine Arbeitserleichterung und so eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Dafür nehmen wir auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung digitaler Kompetenzen in den Fokus.

Ende 2022 endete die Umsetzungsfrist für das Onlinezugangsgesetz (OZG). Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Ganz klar: Das OZG war ein Booster für die Verwaltungsdigitalisierung! Seit seiner Verabschiedung 2017 sind wir große Schritte vorangekommen. Das OZG und sein Zeitziel

» Wir stellen die Kundinnen und Kunden der Verwaltung in den Mittelpunkt und formulieren klare Nutzenversprechen, an denen wir unsere Arbeit ausrichten. Das Ziel sind bürgernahe, effiziente und serviceorientierte Verwaltungsvorgänge. «

haben die Dringlichkeit für die Digitalisierung bei allen Beteiligten deutlich erhöht. Vor allem hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Umsetzung nur in der gemeinsamen, arbeitsteiligen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen zu schaffen ist. Hessen hat so von Anfang an auch die Kommunen mit vielfältigen Maßnahmen unterstützt. Diese intensive, koordinierte Zusammenarbeit war im Bereich der Verwaltungs-IT völlig neu und wird für künftige Vorhaben helfen.

In Hessen konnten wir bis Mitte Dezember 2022 bereits mehr als zwei Drittel der im OZG identifizierten Verwaltungsleistungen digitalisieren. Hessen steht damit bundesweit aktuell auf dem 2. Platz aller Bundesländer. Ich bin stolz darauf, was alle Beteiligten in den letzten Jahren erreicht haben. Nach so einem gemeinsamen Kraftakt darf man auch einen Moment zufrieden sein. Gleichzeitig ist es Ansporn für den weiteren Weg. Mit der vor Kurzem im Landtag beschlossenen Novelle des Hessischen E-Government-Gesetzes unternehmen wir einen weiteren Schritt in Richtung einer bürger- und unternehmensfreundlichen Verwaltungsdigitalisierung.

Zum Jahresbeginn hat Hessen den Vorsitz im IT-Planungsrat übernommen. Was wollen Sie in diesem Gremium in der Zeit Ihres Vorsitzes voranbringen?

Der IT-Planungsrat ist ein unverzichtbares politisches Steuerungsgremium von Bund und Ländern



für die Verwaltungsdigitalisierung. Unter hessischem Vorsitz wollen wir verstärkt die Themen Cloud-Transformation, digitale Kompetenzen und »OZG 2.0« vorantreiben. Diese Schwerpunkte schärfen den Fokus und bündeln Kräfte. Die Cloud-Transformation etwa bietet ein hohes Potenzial für mehr Effizienz und Arbeitgeberattraktivität. Für die Beschäftigten in der Verwaltung wollen wir die Konzeption und Pilotierung von Fortbildungsmaßnahmen auf Basis der Weiterbildungsplattform eGov-Campus angehen.

Beim dritten Thema »OZG 2.0« stehen die Mitgestaltung des OZG-Nachfolgegesetzes und die Fortsetzung der durchgängigen Digitalisierung von Verwaltungen im Mittelpunkt. Entscheidend dafür wird der Ausbau der interföderalen Zusammenarbeit sein. Als IT-Planungsrat wollen wir zudem mit der Föderalen IT-Kooperation

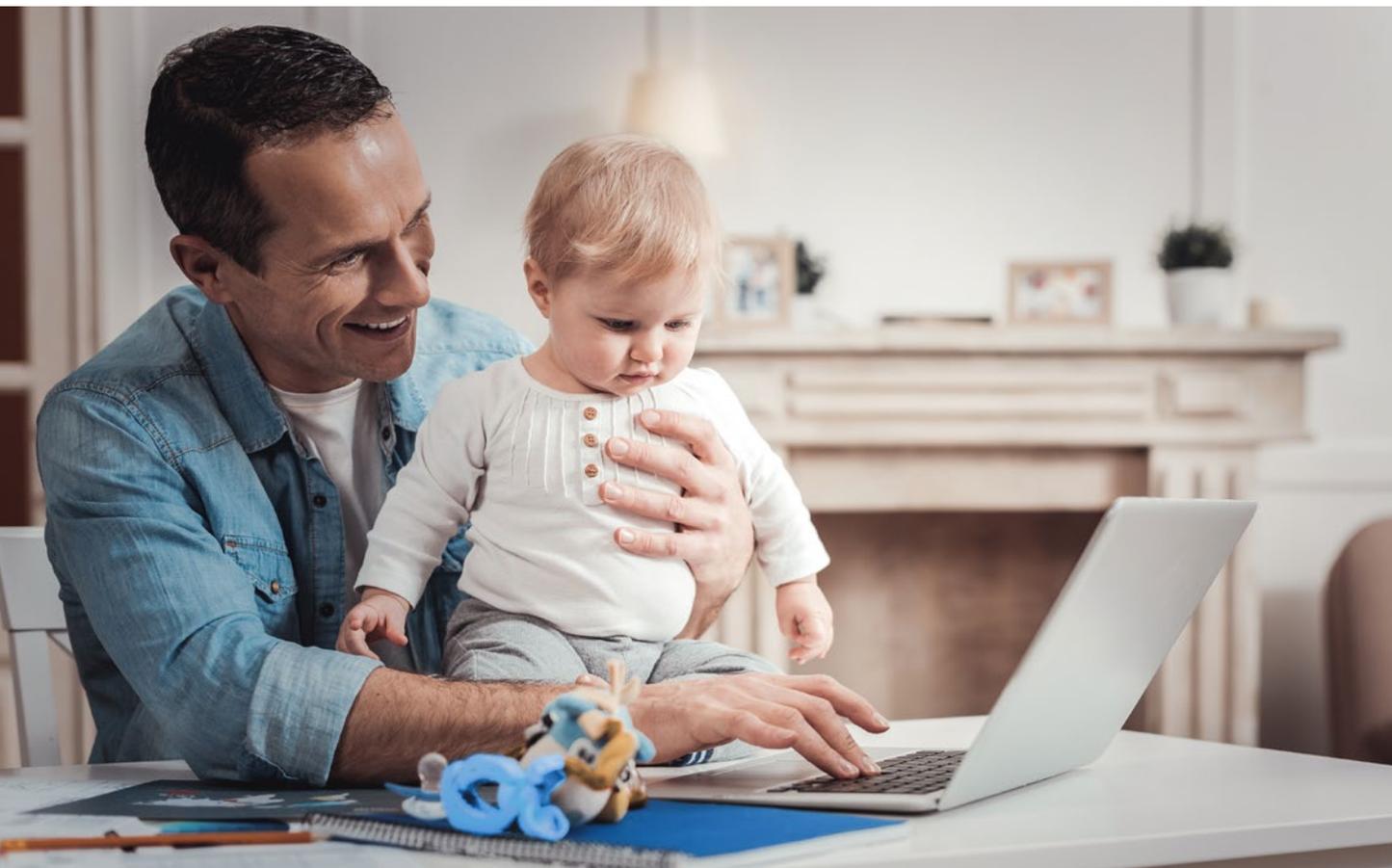
(FITKO) schlagkräftiger und effizienter werden. Deshalb werden wir im hessischen Vorsitzjahr auch die Governance im »Ökosystem IT-Planungsrat« neu ausrichten.

Ihre ToDo-Liste ist randvoll. Was sind weitere Zielsetzungen für die Zukunft, für die digitale Transformation der Verwaltung in Hessen?

Die Digitalisierung, nicht nur in der Verwaltung, ist eine Daueraufgabe – ein Marathon, kein Sprint. Für uns heißt es: mit voller Kraft weiterarbeiten. Der weitere OZG-Prozess steht genauso auf der Agenda wie die Modernisierung und Harmonisierung der Verwaltungsregister sowie die durchgängige Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Ich freue mich, dass ich dabei als Vorsitzender des IT-Planungsrats im Jahr 2023 gemeinsam mit meinem Team bundesweit aktiv mitgestalten darf.

ZUR PERSON

Patrick Burghardt ist Staatssekretär für Digitale Strategie und Entwicklung, Chief Information Officer (CIO) und Bevollmächtigter der Landesregierung für E-Government und Informationstechnologie. Er ist zuständig für die Steuerung der IT-Gesamtstrategie des Landes Hessen und vertritt das Land Hessen in verwaltungsübergreifenden IT-Gremien wie dem IT-Planungsrat. Im Jahr 2023 ist er zusätzlich der Vorsitzende des IT-Planungsrats.



Digitaler Amtsbesuch – rund um die Uhr

Auf Grundlage des 2017 verabschiedeten OZG wurde auf allen politischen Ebenen intensiv am digitalen Amtsbesuch für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen gearbeitet. Auch wenn bis Ende 2022 noch nicht alle Verwaltungsleistungen digitalisiert sind, ist der Digitalisierungsschub in der Verwaltung enorm. In Hessen stehen bereits mehr als zwei Drittel der für unser Bundesland relevanten OZG-Verwaltungsleistungen online zur Verfügung und die noch fehlenden Dienstleistungen folgen. Denn klar ist: Die Digitalisierung der Verwaltung ist mehr als die Umsetzung eines Gesetzes – sie ist ein anhaltender Transformationsprozess, der mit der technologischen Entwicklung Schritt halten will.

Für die OZG-Umsetzung haben sich Bund und Länder im IT-Planungsrat auf ein arbeitsteiliges Vorgehen in 14 Themenfeldern verständigt. Dabei wurde das sogenannte EfA-Prinzip (»Einer für Alle«) verfolgt, bei dem Leistungen von einem Bundesland entwickelt und von anderen zeit- und ressourcensparend übernommen werden können. Hessen hat die Federführung für die Themenfelder »Steuern & Zoll« sowie

»Mobilität & Reisen« inne. So sind die hessischen EfA-Leistungen »Ausfuhr von Kulturgütern«, »Führerscheinantrag«, »Ausfuhr von Medizinprodukten« sowie »Ein- und Ausfuhr von Arzneimitteln« inzwischen für alle Länder verfügbar. Auch das OZG-Breitbandportal ist zu nennen, ebenso wie die hessische EfA-Leistung »Arbeitslosengeld II/Bürgergeld« für Kommunale Jobcenter, die inzwischen deutschlandweit von der Hälfte der Behörden genutzt wird. Auch alle anderen EfA-Projekte in Hessen standen Ende 2022 fristgerecht zum Rollout zur Verfügung.

Für die OZG-Umsetzung bildet die neu entwickelte Technische Digitalisierungsplattform (TDP) wichtige Services ab, wie z. B. die elektronische Bezahlungsfunktion oder das Identitätsmanagement. Sie soll in weiteren Ausbaustufen im Sinne einer Plattformökonomie auch Verwaltungsservices mit privatwirtschaftlichen Abläufen in Form eines hybriden E-Government verknüpfen.

Ein weiteres Innovationsprojekt ist die Digitale Modellbehörde (DMB) des Hessischen Innenministeriums.

Die drei hessischen Regierungspräsidien mit ihrem weiten Leistungsspektrum wurden hier als Vorreiter für die digitale Transformation der Landesverwaltung ausgewählt. So konnten in der DMB sowohl volldigitalisierte Verwaltungsverfahren als auch reine OZG-Antragsprozesse entwickelt und in den Pilot- oder Regelbetrieb überführt werden. Bis Ende 2022 waren dies 70 Volldigitalisierungsprojekte und rund 200 digitale Verwaltungsleistungen, die die DMB realisiert hat.

Ein besonders erfolgreiches Teilprojekt der DMB ist die Applikation »Kommunal Data Hessen«. Um den Informationsaustausch zwischen Land und Kommunen zu verbessern, bündelt die Datenbank des Hessischen Innenministeriums seit September 2021 Finanzdaten und Daten mit kommunalem Bezug und ermöglicht ihre Bereitstellung in hoher Qualität. So können hessische Kommunen unter anderem die für den Haushalt erforderlichen Finanzstatusberichte digital erzeugen und an die Finanzaufsicht übermitteln. Zugleich ist die sukzessive erweiterte Datenbank zu einer Austauschplattform zwischen den angebotenen 442 Kommunen und der Kommunalaufsicht auf Ebene der Landkreise, Regierungspräsidien und dem Innenministerium geworden. Kommunal Data Hessen wurde 2022 als eines von 24 exzellenten Projekten mit dem Siegel des KommDIGITALE-Awards ausgezeichnet.



DIGITALER FÜHRERSCHEINANTRAG

Führerschein beantragen am Wochenende? Kein Problem: Der digitale Führerscheinantrag ermöglicht eine nutzerfreundliche, medienbruchfreie sowie zeit- und ortsunabhängige Antragsstellung. Beantragt werden können die Ersterteilung einer Fahrerlaubnis wie beispielsweise ein Auto- oder Motorradführerschein. Diese vom Hessischen Wirtschaftsministerium entwickelte OZG-Leistung nach dem EfA-Prinzip wurde 2020 bereits erfolgreich im Main-Kinzig-Kreis pilotiert und bereits in weiteren Kommunen in Hessen und der Stadt Mannheim eingeführt. Zahlreiche hessische und außerhessische Kommunen befinden sich derzeit im Anbindungsprozess.

DIGITALE KOMPETENZEN STÄRKEN

Eine unverzichtbare Grundlage für die erfolgreiche Digitalisierung ist die Qualifikation der Beschäftigten in der Verwaltung. Der **eGov-Campus**, die unter hessischer Federführung entwickelte Bildungsplattform für E-Government, ist die Antwort des IT-Planungsrats auf diese Aufgabe. Bisher wurden über 7.000 Einschreibungen für die kostenlosen Online-Kurse auf der Plattform registriert. Es stehen Lernmodule für das Studium, die berufs begleitende und zertifizierte Weiterbildung sowie Fortbildung zur Auswahl.



eGov-Campus
egov-campus.org

Speziell auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen ist der **Kommunal-Campus** zugeschnitten. Das im Programm Starke Heimat Hessen mit 522.000 Euro geförderte Projekt der Metropolregion Rhein-Neckar, des Kreises Bergstraße und weiterer Kommunen bietet innovative, bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote zum Thema Digitalisierung. Das Kursprogramm umfasst momentan rund 60 Lerneinheiten von verschiedenen Bildungsanbietern.



KommunalCampus
www.kommuncampus.net

Strategie Digitale Verwaltung Hessen 4.0

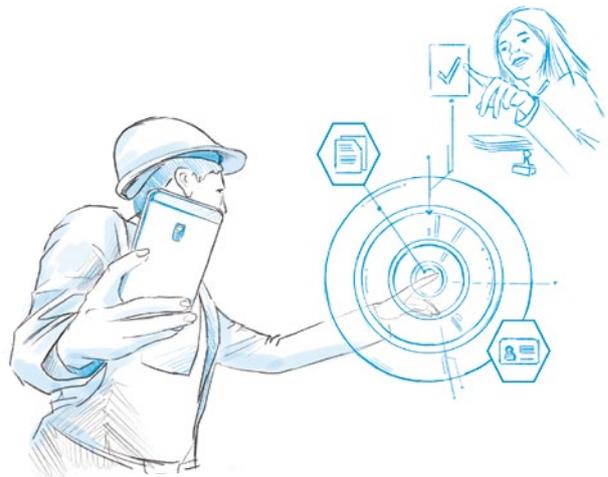
Eine moderne, effiziente und serviceorientierte Landesverwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und Institutionen ist das Zielbild der Strategie »Digitale Verwaltung Hessen 4.0« (DVH 4.0). Mit ihr wird die Verwaltungsdigitalisierung in Hessen an klaren Zielen ausgerichtet und kontinuierlich ressortübergreifend fortentwickelt, um neue Technologien, Erkenntnisse und Trends aufzugreifen. Ziel ist eine nutzerorientierte, durchgängige und medienbruchfreie Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und -prozessen.

Der Einsatz moderner Cloud Technologien spielt dafür eine entscheidende Rolle und dies nicht nur innerhalb der hessischen Landesverwaltung, sondern im Kontext der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie auch bundesweit. Im Programm Cloud Transformation erfährt der zentrale IT-Dienstleister des Landes, die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD), seit Anfang 2022 dabei einen Wandel vom klassischen Rechenzentrums-Anbieter mit seinen IT-Services zum Cloud-Anbieter mit einem umfangreichen Angebot. Die Verfahrenscloud Hessen bei der HZD soll bis 2025 zu einer Multicloud für die hessische Landesverwaltung werden, mit dem bedarfsgerechten Mix aus Cloud-Services für die Ressorts.

Bei der Auswahl geeigneter IT-Softwaresysteme wird in der DVH grundsätzlich ein besonderer Fokus auf die digitale Souveränität des Landes gelegt, um jederzeit technologisch handlungsfähig zu sein und

Abhängigkeiten von IT-Herstellern zu vermeiden. Diesem Gedanken folgt auch der in 2023 stattfindende Rollout von HessenConnect 2.0 auf allen HessenPCs der Landesverwaltung, mit dem ein Videokonferenzsystem mit hohem Funktions- und Sicherheitsniveau zur Verfügung steht.

Auch das Projekt HessenWLAN setzt auf eine eigenständige Lösung des Landes, um freien Zugang zum Internet in öffentlichen Gebäuden und an öffentlichen Plätzen anzubieten. Bis 2024 sollen in allen Dienststellen des Landes öffentlich zugängliche WLAN-Hotspots zur Verfügung stehen. Bislang sind bereits 200 Dienststellen mit HessenWLAN ausgestattet. Dies ist nur ein Beispiel, wie die Digitalisierung in der Verwaltung und die Bürger- und Serviceorientierung in Hessen Hand in Hand gehen.



E-Justice

Auch in der hessischen Justiz wird die Verwaltungsdigitalisierung mit der E-Justice-Strategie des Hessischen Justizministeriums konsequent umgesetzt – für noch mehr Bürgernähe und Serviceorientierung. Nach erfolgreicher Einführung des Digitalen Servicepoints wurde auch der elektronische Rechtsverkehr ausgebaut und so nicht nur der Zugang zur Justiz erleichtert, sondern die Kommunikation der Verfahrensbeteiligten beschleunigt. Zudem wird an zwei Amtsgerichten ein Online-Terminservice erprobt, mit dem Bürgerinnen und Bürger unkompliziert und unabhängig von Sprechzeiten Termine für ausgewählte Justizleistungen vereinbaren können. Das Angebot soll auf weitere Gerichte und zusätzliche Leistungen ausgeweitet werden.

Derzeit läuft auch die Erprobung der elektronischen Gerichtsakte in der Fachgerichtsbarkeit, in staatsanwaltschaftlichen Verfahren und der ordentlichen Gerichtsbarkeit. 2023 wird eine große Zahl der Gerichte



im Land folgen und so das Tempo bei der flächendeckenden Einführung der E-Akte deutlich erhöht. Seit Juli 2022 können zudem elektronische Kostenmarken als unbares Zahlungsmittel in der hessischen Justiz verwendet werden, etwa um Kostenvorschüsse zu begleichen. Allein in den ersten sieben Monaten sind in Hessen ca. 22.000 elektronische Kostenmarken mit einem Volumen von über 1,7 Millionen Euro eingesetzt worden.

LEICHTERER ZUGANG, MEHR SERVICE & BETEILIGUNG

Dafür stehen in Hessen drei digitale Angebote:

- Das **Verwaltungsportal Hessen** bündelt alle digitalen Verwaltungsleistungen, die Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Seit Juni 2022 ist der **Chatbot Sophia** auf dem Portal aktiv, beantwortet Fragen oder führt zur gesuchten Leistung im Verwaltungsportal. Ab dem Frühjahr 2023 bietet zudem die **Hessen-App** Verwaltungsleistungen, Online-Services und Neuigkeiten aus der hessischen Landesregierung in einer App.
- Die bereits seit 2009 bestehende Online-Plattform **Einheitlicher Ansprechpartner Hessen** (EAH) unterstützt Unternehmer, Selbstständige und Freiberufler bei allen Verwaltungsleistungen rund um ihr unternehmerisches Vorhaben. Dadurch werden die Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie erfüllt. Im Projekt EAH4B sollen bis Juni 2024 alle relevanten Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen vollständig digital abgewickelt werden können, d. h. die digitale Beantragung von Verwaltungsleistungen und die Bearbeitung, Bescheiderteilung und Bezahlung über die Online-Plattform.
- Das im Rahmen des OZG eingeführte **Beteiligungsportal Hessen** bietet rund um die Uhr zahlreiche Angebote, sich aktiv in Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einzubringen. Es kann von Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie von der Verwaltung für Beteiligungsverfahren genutzt werden, wie beispielsweise bei der Regionalplanung. Es dient aber auch für Terminvereinbarungen, Veranstaltungen, Dialoge, Umfragen oder als Ereignismelder.



[verwaltungsportal.hessen.de](https://www.verwaltungsportal.hessen.de)



[eah.hessen.de](https://www.eah.hessen.de)

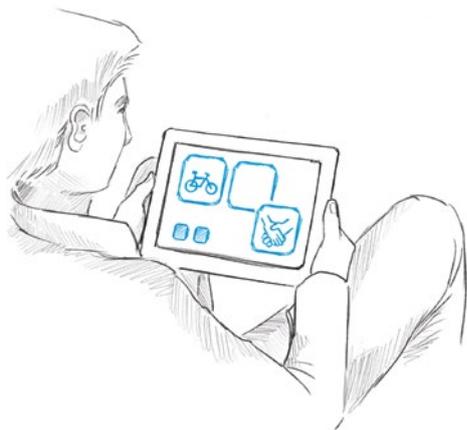


[beteiligungsportal.hessen.de](https://www.beteiligungsportal.hessen.de)

IDEENWETTBEWERB HYBRIDES E-GOVERNMENT

Im Zuge der OZG-Umsetzung digitalisieren Behörden in Deutschland mit Hochdruck ihre Verwaltungsdienstleistungen. Was wäre, wenn sich bei der Reisebuchung im Internet der Reisepass direkt auf der Buchungsplattform verlängern ließe? Das wäre die nutzerfreundliche Verknüpfung von privatwirtschaftlichen Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren, sprich hybrides E-Government. Diese Verknüpfung soll mit der Strategie »Digitale Verwaltung Hessen 4.0« zentrales Merkmal der Verwaltung in Hessen werden.

Um diese Vision Realität werden zu lassen, haben das Hessische Wirtschaftsministerium und der Bereich der Hessischen Digitalministerin 2021



den einzigartigen Ideenwettbewerb »Hybrides eGovernment« ausgelobt, der insbesondere die Start-up-Szene anspricht. Nach einer Startphase wurden im März 2022 am Demo Day die von den Start-ups insgesamt neun entwickelten Lösungsansätze vorgestellt und prämiert. Die Prototypen zur Lösung der Challenges »Quick-Check Ausländische Fahrerlaubnis« und »Quick-Check Bauantrag« werden nun in der Umsetzungsphase zu sogenannten Minimal Viable Products (MVPs) entwickelt.

In einem nächsten Schritt sollen diese Anwendungen als Piloten implementiert und auf ihre Alltagstauglichkeit getestet werden. Die Erwartung ist, dass die identifizierten Lösungen einen signifikanten Mehrwert für Verwaltung, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger erzielen und die Möglichkeit einer Übertragung oder Nachnutzung eröffnen.



IDEENWETTBEWERB
HYBRIDES EGOVERNMENT HESSEN

Mehr Informationen unter:
www.ideenwettbewerb-egov.de

KI-IDEENWETTBEWERB - IM LAND UND VOR ORT

KI im öffentlichen Bereich verbessert bereits jetzt unser Leben in Hessen. Mit Hilfe von KI werden etwa Staus reduziert und Sanierungsbedarfe im Straßenbau effizienter erfasst. KI hilft uns, in der Verwaltung Erkenntnisse aus großen Datenmengen zu gewinnen und Satellitenbilder auszuwerten. Doch das ist längst nicht alles, was KI kann. Mit dem KI-Ideenwettbewerb wendete sich das Land an Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung und Kommunen. Gesucht wurden Ideen und Lösungen für den sinnvollen Einsatz von KI-Anwendungen im öffentlichen Bereich. Sechs innovative Ideen wurden durch eine Wettbewerbsjury ausgewählt, die über langjährige KI-Erfahrung aus Wissenschaft und Praxis verfügt.



Mehr zum Wettbewerb unter:
www.digitales.hessen.de/kuenstliche-intelligenz/ki-ideenwettbewerb



KI in der Verwaltung

Die Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung zeigt, dass Innovationen nicht vor der Behördentür haltmachen. Mit der Digitalstrategie und der KI-Zukunftsagenda legt die Hessische Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf KI in der Verwaltung. Ob in der effizienten Analyse von umfangreichen Datenbeständen, der Kommunikationsunterstützung mittels Chatbots oder der Steuerung automatisierter Verarbeitungsprozesse: KI ist bereits an vielen Stellen gewinnbringend im Einsatz.

So nutzt das Hessische Statistische Landesamt KI für eine schnellere Statistikerhebung und neue Auswertungsprozesse. Das Analysepotenzial der erhobenen Daten soll stärker als bisher nutzbar gemacht werden, um Staat, Wirtschaft und Gesellschaft noch bessere Entscheidungsgrundlagen bereitzustellen. Dafür wird eine Infrastruktur in Form eines Statistical Data Warehouse eingeführt, das bis 2024 mit über eine Million Euro gefördert wird.

Auch die Sicherheitsbehörden nutzen KI: So steht dem Landeskriminalamt und der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) eine hochmoderne Forensikplattform zur Verfügung, um mit KI-Unterstützung Kinderpornografie schneller zu enttarnen

und zu verfolgen. In der hessischen Justiz wird im Pilotprojekt »Frauke« am Amtsgericht Frankfurt KI bei Massenverfahren im Bereich Fluggastrechte eingesetzt, um künftig mittels der Software die relevanten Daten zu analysieren und Bearbeitungsprozesse zu beschleunigen.

Dies sind nur wenige Einsatz-Beispiele von KI in der Verwaltung. Die Anwendungspotenziale und gemeinsame Umsetzungsprojekte der Landesverwaltung in diesem Technologiebereich identifiziert der Arbeitskreis KI-Agenda, in dem alle Ressorts vertreten sind. Mit dem KI-Ideenwettbewerb »Im Land und vor Ort« werden hier auch Impulse von außen gesucht, wo neue Einsatzmöglichkeiten für KI im öffentlichen Bereich gesehen werden (mehr dazu: → [Seite 72](#)).

Um das Innovationsmanagement der Landesverwaltung und die Nutzung von KI weiter zu stärken, will die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung bis 2025 auch eine Kompetenzstelle KI für KI-Lösungen aufbauen. Diese soll die Brücke zwischen Beiträgen der Wissenschaft und Produkten der Wirtschaft einerseits und deren Anwendung in der Verwaltung andererseits schlagen.